



http://www.bergedorfer-zeitung.de/printarchiv/bergedorf/article88593/Gastschulabkommen_Eine_Einigung_ist_nicht_in_Sicht.html

GESPRÄCHSTERMIN

Gastschulabkommen: Eine Einigung ist nicht in Sicht

Samstag, 13. November 2010 04:00 - Von Ulf-Peter Busse

Bergedorf/Kiel. Hamburgs Gastschüler bleiben Spielball der Politik. Wer in Schleswig-Holstein wohnt, aber sich trotzdem traut, jenseits der Landesgrenze die Schulbank zu drücken, gehört schon seit zwei Jahren zur Verhandlungsmasse der Landesregierungen.

Und das bleibt wohl auch über den Jahreswechsel hinaus so - obwohl zum 1. Januar 2011 das Gastschulabkommen ausläuft. Zu weit liegen die Positionen der beiden Regierungen auseinander, als dass beim letzten großen Treffen in diesem Jahr noch eine Einigung zu erwarten wäre: Am Freitag, 19. November, treffen sich Bildungspolitiker und Finanzfachleute beider Regierungen im Hamburger Rathaus.

Die Hoffnung auf ein Wunder wollen vor allem die Eltern und Lehrer der Hamburger Schulen in freier Trägerschaft dennoch nicht aufgeben. Weil sie, wie Bergedorfs Rudolf-Steiner- und Montessori-Schule, bis zu 40 Prozent Schleswig-Holsteiner unter ihren Schülern haben, mögen sie sich eine Zukunft ohne diese "Ausländer" nicht ausmalen. Also reisen sie fast regelmäßig zu den Sitzungen des Bildungsausschusses in Kiel.

Zuletzt erlebten sie dort am 4. November "eine Politikstunde des Taktierens und sich Hindurchwindens", wie sie sagen. Doch sie wollen dranbleiben: Am Montag gibt es einen Info-Abend in der Wandsbeker Rudolf-Steiner-Schule (20 Uhr, Rahlstedter Weg 60). Eine Woche später beginnen Mahnwachen enttäuschter Eltern vor dem Schleswig-Holsteinischen Landtag, und für den 2. Dezember ist eine Großdemonstration in Kiel geplant.

Dass sich die Wut nicht in Hamburg, sondern im fernen Kiel entlädt, liegt an der Taktik von Bildungsminister Dr. Ekkehard Klug und seinem Staatssekretär Eckhard Zirkmann (beide FDP). Die Eltern können nämlich Hamburgs Haltung nachvollziehen, das Schüler aus dem Nachbarland nur dann aufnehmen will, wenn Kiel die dafür in Schleswig-Holstein geltenden Kostensätze pro Schüler mit überweist. Aber genau das scheint an der Förde niemand hören zu wollen: "Wir können keine pauschale Zahlungsverpflichtung gegenüber Hamburg eingehen", sagt Thomas Schunck, Sprecher des Kieler Bildungsministeriums.

"Das wollen wir auch gar nicht", entgegnet Schuncks Hamburger Kollegin Brigitte Köhnlein. Vielmehr gehe Bildungsstaatsrat Ulrich Vieluf Freitag mit einem klaren Angebot ins Gespräch: "Jeder Schüler aus Schleswig-Holstein, der auf eine Hamburger Schule gehen will, muss bei seiner Anmeldung eine schriftliche Genehmigung aus Kiel vorlegen", so Köhnlein.